

Rückbau von 70 Windanlagen wegen Rechtsverletzungen gegen Umweltrechte.

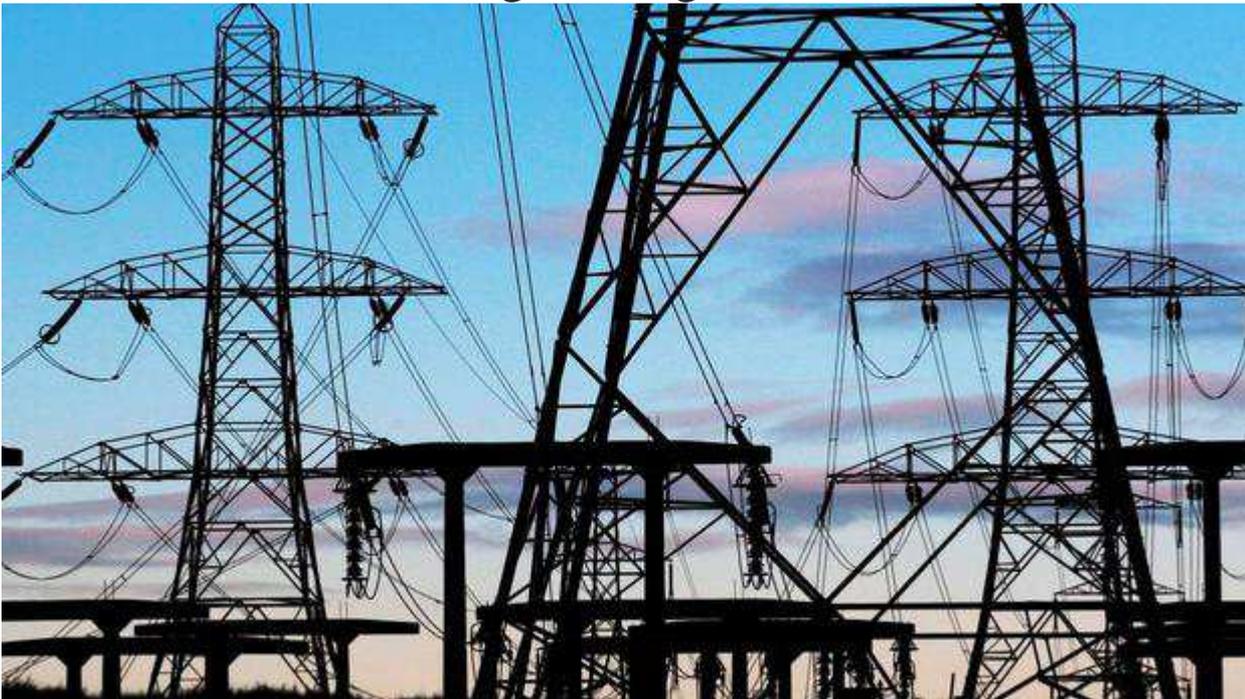
Ein noch größeres Windindustriegebiet mit Rückbaupflichten mit fast 150 Windanlagen wird derzeit in Norwegen verhandelt.

Dort hatte 2021 der oberste Gerichtshof in Norwegen den Abriss dieser ca 150 Windanlagen veranlasst, weil sie ohne Zustimmung der Indigenen/Sami erfolgte. Diese wiederum haben festgestellt, dass die Rentiere nicht mehr im Umfeld der Windanlagen weiden/äsen.

<https://m.independent.ie/news/environment/esb-to-dismantle-70-turbines-at-landslide-wind-farm-that-cost-state-millions-in-fines-41455276.html>

Independant

ESB baut 70 Turbinen in einem Erdbeben-Windpark ab, der den Staat Millionen an Bußgeldern gekostet hat



Archivbild

März 16 2022 07:13 PM

ESB wird den Windpark Derrybrien abbauen, der den Staat Millionen von Euro an Geldbußen gekostet hat, nachdem er unter Verstoß gegen Umweltvorschriften gebaut wurde.

Die Dismantling der 70 Windturbinen in co Galway wird beginnen, sobald ein spezialisierter Auftragnehmer eingestellt ist.

Die ESB stoppte die Stromerzeugung am Standort in den Slieve Aughty Mountains im vergangenen Monat, nachdem ihr eine Form der rückwirkenden Baugenehmigung, die als Ersatzgenehmigung bekannt ist, verweigert wurde.

Ein Bord Pleanála entschied, dass es nicht möglich sei, die durch den Windpark verursachten Schäden zu mildern und er könne nicht in Übereinstimmung mit den Planungsgesetzen gebracht werden.

Die ESB sagte am Mittwoch, sie habe die verschiedenen rechtlichen Optionen dafür geprüft und sei zu dem Schluss gekommen, dass die einzige verbleibende Lösung darin bestehe, sie stillzulegen.

Derrybrien hat den Staat seit November 2019 17 Millionen Euro an Geldbußen gekostet, als der Europäische Gerichtshof entschied, dass keine ordnungsgemäßen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt wurden, als vor über 20 Jahren die Baugenehmigung erteilt wurde.

Der Fehler ist, dass die Planungsverfahren ans Licht kamen, nachdem Bauarbeiten am Windpark im Jahr 2003 einen Erdbeben verursacht hatten, der große Schäden an Land, Eigentum, Flüssen und Wildtieren verursachte.

Die Bußgelder steigen seit dem Gerichtsurteil um 15.000 Euro pro Tag.

Die Geldbußen wurden dem Staat und nicht dem Unternehmen auferlegt, da planungsverfahren eine Funktion des Staates sind.

Die ESB, der der Windpark über ihre Tochtergesellschaft Gort Windfarms gehört, hat stets behauptet, dass sie keinen Grund zu beantworten habe, da sie die für sie festgelegten Verfahren einhalte.

Der anschließende Streit zwischen Staat und ESB darüber, wer für die nachträgliche Behebung der Mängel verantwortlich war, zieht sich über ein Jahrzehnt hin.

Martin Collins von der Derrybrien Community Group, die auf Untersuchungen des Erdbebens drängte und jahrelang den Windpark überwacht hat, sagte, dass die Entfernung in diesem Stadium die richtige Entscheidung sei, fügte aber hinzu: "Es gibt keine Gewinner daraus."

"Wir befinden uns in einer Energiekrise und ein Windpark wird abgerissen, aber es hätte nie so weit kommen dürfen", sagte er.

"Es gab Zeiten im Laufe der Jahre, in denen es hätte gelöst werden können, aber das ist nicht der Ansatz, der gewählt wurde."

Herr Collins sagte, die Gemeinde sei nicht über die Entscheidung zur Stilllegung informiert worden und er habe Bedenken, wie die Arbeit ausgeführt werden würde.

"Es ist eine riesige Aufgabe. Es müssen 70 Turbinen abgebaut werden. Ich nehme an, dass sie die Betonsockel nicht ausgraben werden, aber trotzdem wird es wieder viel Aktivität auf dem Berg geben.

"Und was passiert danach? Das Gelände muss verwaltet werden und die Entwässerung muss auf unbestimmte Zeit aufrechterhalten werden. Ich würde mir wünschen, dass wir da Klarheit bekommen."

Ein ESB-Sprecher sagte, es sei im Moment nicht möglich zu sagen, wie lange der Abbau dauern würde, sagte aber, dass alle Arbeiten in Übereinstimmung mit den Planungsgesetzen und -vorschriften durchgeführt würden.

Es wurde erwartet, dass Derrybrien bis 2040 in Produktion bleiben würde.

Das Ministerium für Wohnungswesen, Planung und Kommunalverwaltung, das den Fall im Namen des Staates bearbeitet, sagte: "Das Ministerium nimmt die heute vom ESB angekündigte Entscheidung zur Kenntnis.

"Es wird nun eine weitere Zusammenarbeit mit der Kommission stattfinden, um den Stand der Einhaltung des Urteils des EuGH (Gerichtshof der Europäischen Union) durch Irland zu klären."